

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	324
		TOP:	6
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	11.10.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Thürnau		
Berichterstattung:	Herr Wallisch (ASW)		
Protokollführung:	Frau Klemm / pö		
Betreff:	Pop-up-Radweg auf der Konrad-Adenauer-Straße auf Höhe der Oper ausweisen - Antrag Nr. 135/2022 vom 29.04.2022 (90/GRÜNE) - mündlicher Bericht -		

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Herr Wallisch berichtet im Sinne seiner Präsentation. Ergänzende Anmerkungen sind nachfolgend in zusammengefasster Form mit Verweis auf die jeweilige Foliennummer wiedergegeben.

Nachdem der Berichterstatter eine kurze Zusammenfassung des Antrags (Folie 2) gegeben hat, erläutert er dessen Zielsetzung, die sich hauptsächlich auf die Entzerrung des Fuß- und Radverkehrs auf dem Ferdinand-Leitner-Steg und im Mittleren Schlossgarten, die Umfahrung von Veranstaltungen am Eckensee und die Erhöhung des Qualitätsstandards auf die Bedeutung der Hauptradroute 1 bezieht (Folie 3). Dazu seien die auf Folie 4 dargestellten Voraussetzungen nötig, die er im Folgenden nach der Präsentation eines Übersichtslageplans (Folie 5) genauer erläutert: Um den Ferdinand-Leitner-Steg künftig von Radfahrenden zu entlasten, sei die Fertigstellung der Zuführung im Mittleren Schlossgarten ab dem Planetarium über die Schillerstraße hinweg nötig, was aufgrund von Planverzögerungen bei der Deutsche Bahn AG (DB AG) voraussichtlich

erst im Jahr 2024 der Fall sein werde (Folie 6 ff.). Des Weiteren müsse die rechte Fahrspur der Konrad-Adenauer-Straße entbehrlich werden (Folie 8 ff.), was gemäß einer Untersuchung des Ingenieurbüros Karajan nicht empfehlenswert sei (s. dazu TOP 5, N.Nr. 323 der heutigen Ausschusssitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Technik, "Verkehrliche Untersuchung der Seitenfahrbahn im Zusammenhang mit dem anstehenden Wettbewerb WST Neubau Kulissengebäude"). Durch die erforderliche Einrichtung einer Umweltspur (Bus und Rad) zwischen Landtag und Charlottenplatz (Folie 10 ff.) entstünde ein Engpass an der Fußgängerfurt Ulrichstraße, der wiederum weitere Ablaufprobleme im Verkehr verursache. Außerdem wäre die Umweltspur für den Radverkehr nur in eine Richtung befahrbar. Die Verwaltung meine, aus den geschilderten Gründen sei der Pop-up-Radweg derzeit nicht umsetzbar. Gleichwohl gibt Herr Wallisch abschließend eine Perspektive: Nach Fertigstellung der ebenerdigen Querung der Schillerstraße, voraussichtlich im Jahr 2024, und der Klärung der Fahrstreifen-Anzahl vor dem Kulissengebäude könne die Diskussion erneut aufgenommen werden.

Für den Bericht danken StR Peterhoff (90/GRÜNE) und StR Dr. Vetter (CDU). Während Letzterer sowie StR Serwani (FDP) und StR Dr. Mayer (AfD) der Empfehlung der Verwaltung folgen können, hinterfragen StR Peterhoff und StRin Schanbacher (SPD) diese. StR Pantisano (Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) übt generelle Kritik an der Prioritätensetzung im Verkehr.

Zwar habe man mit der Hauptradroute auch noch andere Probleme (Schlosspark hinterer Bereich), aber an der heute zur Diskussion gestellten Stelle sei die Lage bei starker Frequentierung besonders brisant, meint StR Peterhoff. Vor allem der Ferdinand-Leitner-Steg, die Querung der Schule und der sich anschließende Bereich um den Eckensee, wo die Hauptradroute bei Veranstaltungen ganz gesperrt werde, stellten Engstellen dar. Während StRin Bulle-Schmid (CDU) an Radfahrerinnen und Radfahrer appelliert, diese müssten ihr Tempo ggf. an zu Fuß Gehende, vor allem Kinder, anpassen, meint StR Peterhoff, es mangle nicht an Rücksicht, sondern an der Infrastruktur für die Radfahrenden. Diese Situation sei nicht hinnehmbar - es bestehe dringender Handlungsbedarf. Zunächst werde seine Fraktion zu der im vorherigen Tagesordnungspunkt gegebenen Empfehlung von Herrn Dr. Karajan Stellung nehmen. Trotzdem könne man seiner Ansicht nach den Pop-up-Radweg nach Klärung der Streckenführung für einen Probezeitraum einführen.

Er frage sich, so StR Dr. Vetter, ob es Alternativen zu der Wegführung über die Konrad-Adenauer-Straße gebe, wie bspw. einen weiteren Brückenübergang über die Schillerstraße neben dem Ferdinand-Leitner-Steg. Grundsätzlich sei er der Meinung, Entscheidungen könnten nicht nur auf politischer Ebene gefällt werden, sondern müssten sich an den von den Fachverwaltungen dargelegten Fakten orientieren.

Genau diese Faktenlage müsse diskutiert werden, meint StRin Schanbacher. Gleichwohl sei es legitim zu hinterfragen, warum eine Empfehlung wie die vorliegende in dieser Form getroffen worden sei. Erfreulicherweise gebe es ja nun mehr Radfahrende, allerdings fühlten sich im Schlossgarten Fußgängerinnen und Fußgänger nicht mehr sicher, weil die Räder überhandnähmen. Gleichzeitig müsse man sich anhand von Daten und Fakten darüber im Klaren sein, welche Konsequenzen der Wegfall einer Fahrspur hätte.

Schlussendlich gehe es doch um politische Entscheidungen, stellt StR Pantisano fest. Die gesamte Verkehrsplanung sei fälschlicherweise auf die Perspektive des Automobils ausgelegt. Dabei sei der Pop-up-Radweg nur eine probeweise Maßnahme, man könne mit ihr aber zumindest das Ziel der Verkehrswende untermauern.

StR Serwani geht auf die Einrichtung einer gemeinsamen Umweltspur für Bus und Rad ein und hebt die Gefahren für Radfahrer hervor.

Seines Wissens, erläutert Herr Wallisch gegenüber StRin Schanbacher, gebe es bei der DB AG Verzögerungen bei deren Gesamtprojekt am Südausgang des Hauptbahnhofs. Er schlägt daher auf Anregung von StR Peterhoff vor, mit der DB AG darüber ins Gespräch zu gehen, ob das Projekt möglicherweise vorgezogen werden kann. Vorher und bevor die Verkehrssituation an der Konrad-Adenauer-Straße nicht geklärt sei, sei ein Pop-up-Radweg wie beantragt nicht sinnvoll. Er rege an, im Sommer 2023 im Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik (STA) mit aktuellen Informationen der DB AG erneut zu dem Sachverhalt zu berichten. Vielleicht könne man dann bereits von der Schillerstraße bis zum Landtag planen, sagt er abschließend.

Mit dieser Vorgehensweise erklärt sich StR Peterhoff auf Nachfrage des Vorsitzenden einverstanden. Man werde die heute dargelegten Informationen mitnehmen und sich entsprechend verhalten.

BM Thürnau stellt fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik hat vom Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Klemm / pö

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
Amt für Umweltschutz

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Stadtkämmerei (2)
 3. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
 4. Referat T
Tiefbauamt (2)
 5. BVin Mitte
 6. Amt für Revision
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand